

Dresdener Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Ed. Kaden, Dresden.
Verantwortl. Redakteur: Kaden.
Verlagsamt: Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Entfall von Gebühren im besonderen Fall, ist es durch oder ohne Genehmigung des Verlegers, bei der Redaktion der Dresdener Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Verlag: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1208
Telefon: 1208
Telegraphisch: Dresden 1208

Druck: Dresden
Kaden & Comp., Nr. 1208

Abonnementpreis: 30 Mark pro Jahr
Einzelnummer: 1 Mark

Nr. 146

Dresden, Freitag, den 26. Juni 1931

42. Jahrgang

Wird Frankreich nachgegeben?

Stimson ist optimistisch

U. Washington, 26. Juni. (Eig. Funk.)

In hiesigen Regierungskreisen rechnet man bestimmt damit, daß Frankreich seine Vorbehalte gegenüber dem Plan Hoover's zu rückziehen wird. Staatssekretär Stimson äußerte sich am Donnerstag in dieser Hinsicht äußerst optimistisch. Vorher hatte er zwei längere Besprechungen mit dem französischen Botschafter in Washington, über deren Verlauf er vollste Zufriedenheit ausdrückte.

Eine Aeußerung über die französische Note lehnte Stimson ab. Er bestätigte nicht einmal, daß er die Note inzwischen erhalten hat. Man deutet diese Haltung hier dahin, daß sich Amerika um die Revision des Textes der französischen Antwort bemüht und sie auch durchgeführt hat.

Der 100-Millionen-Dollar-Kredit zugesagt

Die Reichsbank bestätigt, daß ihr unter Führung der Bank von England ein Reiskredit in Höhe von 100 Millionen Dollar zugesagt ist. Der Betrag steht bereits zur Verfügung der Reichsbank.

Mellon in Paris

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist am Donnerstagabend in Paris eingetroffen.

Mellon ist von der amerikanischen Regierung beauftragt, mit der französischen Regierung über die Annahme des Hoover-Plan's zu verhandeln. — wie der Pariser Korrespondent des 'Eig. Pressebüros' erklärt — den Versuch zu machen, ein Komпромiß zustande zu bringen. Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand, die von der Mission Mellons bereits offiziell in Kenntnis gesetzt worden sind, werden den amerikanischen Minister am Freitag empfangen.

Frankreich folgt Brünings Ruf

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialistische Kammerfraktion hat die Erhaltung ihres Vorstandes über den amerikanischen Vorschlag am Donnerstag einstimmig gebilligt. Die Abgeordneten Renaudel und Paul Boncour wurden

beauftragt, die Haltung der Fraktion in der Kammerdebatte am Freitag zu begründen. Die Redner sollen die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, daß die Probleme des Aufschubs der Schuldzahlungen, der wirtschaftlichen und finanziellen Abkommen und die allgemeine Abrüstung als miteinander verknüpft zu betrachten sind. Außerdem hat die Fraktion beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Anregung des Reichskanzlers Dr. Brüning hinsichtlich einer deutsch-französischen Ministerzusammenkunft in günstigem Sinne zu beantworten.

Der Vorschlag Brünings wird jetzt von der gesamten Linkspresse unterstützt. So schreibt die radikale 'Volonté': Briand und Laval müssen Brüning und Curtius ohne Ängern einladen. Die zweiseitigen Verhandlungen, die seit Troitz unterbrochen sind, müssen wieder aufgenommen werden, und die französischen Minister müssen den Mut haben, in aller Freiheit zu handeln, ohne sich vorher durch Reaktionen einer Kammer sprechen zu lassen, die das europäische Verständnissverhältnis bisher nur mit Unwillen zu ertragen aber gar verhindern zu wollen schien.

Das Gewerkschaftsorgan 'Le Travail' begrüßt den Appell Brünings an eine deutsch-französische Zusammenarbeit und erklärt, die Worte des Reichskanzlers hätten eine große Bedeutung erlangt, wenn man wenigstens in Frankreich das Tragische der Lage Deutschlands und die Gefahren verstanden wolle, die eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe für uns mit sich ziehen würde.

Paris, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Außenminister ist die Rede haben, die deutschen Minister bereits für die nächste Woche nach Paris eingeladen. Diese Meldung ist ungenügend. Die französische Regierung hat bisher hinsichtlich der Anregung der Reichsregierung noch keinerlei Befehl gegeben. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß eine Einladung der französischen Regierung an den Reichskanzler bald offiziell ergeht.

Die Reichsregierung ist inzwischen über die deutsche Postkarte in Paris dahin informiert worden, daß Frankreich grundsätzlich bereit ist, der Anregung des Reichskanzlers zu einer gemeinsamen Aussprache zu folgen. Ein Termin der Zusammenkunft soll zwischen den beiden Regierungen schon demnächst vereinbart werden. Man darf annehmen, daß die Besprechung nach der Verständigung zwischen Washington und Paris, aber vor dem Besuch von MacDonald und Henderson in Berlin in Paris stattfinden wird.

Spaniens sozialistische Kandidaten

Von unserer spanischen Korrespondentin

Madrid, 22. Juni.

Obwohl wir schon in die letzte Wahlwoche eingetreten sind, liegt dem Parteivorstand nach kein vollständiger Lieberlauf über sämtliche Parteikandidaten in den Provinzen vor. Es werden ihrer annähernd 100 sein, und man rechnet darauf, achtzig Mandate zu erzielen. Von den führenden Parteigenossen kandidieren viele in mehreren Wahlkreisen.

Besonderes Interesse bieten natürlich die Kandidaten der Hauptstadt, wo der Kampf am schärfsten sein wird und wo, als Kandidaten für die Minderheit, die 'Accion nacional' über lebendige Monarchisten aufgestellt hat. In die vierzehn der Mehrheit vorbestimmten Sitze teilen sich brüderlich Sozialisten und Republikaner.

Julian Besteiro, Professor der Philosophie an der Universität Madrid, blüht auf eine zwanzigjährige Wirksamkeit in der Partei zurück. Er zählt heute 68 Jahre. Bis zum Februar 1931 war er der Präsident der spanischen Partei, trat dann aber von diesem Amte zurück, weil er die Koalition mit den bürgerlichen Republikanern, die dann den Sturz der Monarchie herbeiführen sollte, nicht billigte. Zum Glück für die spanische Partei hat diese Meinungsdivergenz, trotz ihrer weittragenden Bedeutung, nie die Einheit der Partei erschüttert. In der neuen Lage, die durch die Koalition hervorgerufen wurde, nehmen die Genossen der 'Sinistra' ihre verantwortlichen Stellen ein, genau wie die anderen, die für die Koalition mit den Republikanern eingetreten sind.

In den alten Parteigenossen, die nach Schuster an der Schulter mit Radio Iglesias gekämpft haben, gab es auch der heutigen Reichsminister Francisco Largo Caballero. Als Sekretär der spanischen Gewerkschaftszentrale, der UGT, ist er den ausländischen Genossen von den internationalen Kongressen her wohl bekannt. Von Beruf war er ursprünglich Ingenieur, wußte aber jetzt schon jahrelang mit gewerkschaftlichen Funktionen. Er zählt heute

60 Jahre und ist Mitglied der sozialistischen Partei. Das 'Viel Feind, viel Ehr.' gilt in ganz besonderer Maße für ihn in seiner Stellung als Arbeitsminister in der provisorischen Regierung. Die Reaktionsäre und Reaktionäre können ihn nicht; was ihm aber die Syndikalisten am Heuze zu fänden haben, das geht schon in die vierte Dimension. Sowiebrennerzucht und methodische Abschließung syndikalistischer Arbeiter sind noch das mindeste, was ihm die anarcho-syndikalistische Presse täglich nachsagt.

Zur Richtung Besteiro in Bezug auf die Koalitionspolitik gehört auch Genosse Andres Salas, 43 Jahre alt, von Beruf Buchbinder. Bis zum Februar 1931 war er Parteisekretär. Auf Grund der Aprilwahlen wurde er Parteivorsteher in Madrid, denn die Bürgermeisterfunktion eines Stadtteils zufallen.

Weiter kandidiert für Madrid Genosse Manuel Cordere, von Beruf Bäcker, hochbegeistert um die kooperativen Bewegung in der Hauptstadt, wo er die größte Arbeiterkooperative leitet. Er ist Präsident der Gewerkschaftszentrale und Stadtverordneter für Madrid. Auch ein anderer Kandidat, der Eisenbahner Triso Gomez, der Sekretär des großen Eisenbahnerverbandes, gehört bei April den Stadtverordnetenvereinsmitgliedern der Hauptstadt an. Er war Mitglied der Parteizentrale, auf der er im Dezember 1931 anderen im Februar 1931 austrat. Genosse Carlos Ovejero ist einer der ältesten Genossen, 60 Jahre alt, von Beruf Buchbinder an der Universität Madrid, wo er bis zum Sommer 1931 als Parteisekretär fungierte. Er ist ein Kandidat für eine der Mandate in der Hauptstadt. Er ist ein Kandidat für eine der Mandate in der Hauptstadt. Er ist ein Kandidat für eine der Mandate in der Hauptstadt.

Vom Tage

Stalin macht Trozki ohllos

Es war ein Spektakelstück sondergleichen, als Trozki, verdienter Organisator der Roten Armee, im Herbst 1929 von der bolschewistischen Oberkommando aus Stuhland verjagt wurde. Das Schandstück ist noch nicht zu Ende. Man erfährt heute, daß die gegenwärtigen Moskauer Päpste sich mit aller Kraft bemüht haben, Trozki wenig in die türkische Einöde zu verbannen. Vor einigen Wochen hörte man, daß der von seinen Moskauer Freunden verjagte Revolutionär an die neuen Machthaber von Spanien ein Einreisegesuch gerichtet hatte. Dieses Gesuch wurde abgelehnt, und zwar, wie die 'Aktion, Zeitschrift für Kommunismus', meldet, auf ausdrücklichen Wunsch der Sowjetregierung. Das kommunistische Oppositionsblatt schreibt:

Die Sowjetregierung habe in Madrid die Befürchtung äußern lassen, daß Trozki versuchen werde, in Spanien für seine Idee zu werben und sich in den Sowjetniederlassungen, den Handelsvertretungen usw. Gesinnungsgenossen zu schaffen. Das bedeute eine innerpolitische Gefahr für Spanien, aber ebenso eine Gefahr für Sowjetrußland, während die Befürchtungen, unter denen Trozki zur Zeit in der Türkei befindet, derart seien, daß Spanien dadurch vor Ungelegenheiten und Sowjetrußland vor der Verantwortung geschützt seien. Aus diesem Grunde dürfe sich empfehlen, hinsichtlich Trozki den gegenwärtigen Zustand 'im beiderseitigen Interesse' bestehen zu lassen.

Die spanische Regierung lehnte Trozki's Einreisegesuch ab, die Einmischung der Sowjetregierung hatte Erfolg. Ohne diese Einmischung könnte der verjagte Trozki heute in einem europäischen Staat sein. Hat Stalin diese gemeinen diplomatischen Manöver auch vielen lassen, als Deutschland Trozki's Einreise verweigerte?

Um den traurigen Vorgang richtig zu würdigen, muß man beachten, mit welchem Geiz sich die kommunistische Presse über mangelnde Freiheit in anderen Ländern erhebt! Sei, wie sie die Gemeinheiten Russifikations anprangert, der Gegner noch jenseits der Grenzen des 'Vaterlandes' zu vernichten sucht. Ueber diese von den Stalinisten noch im Ausland betriebene Hehe und Kechung Trozki's durch die Stalinisten schweigen sich die edlen kommunistischen Freiheitskämpfer aus. Und doch muß gerade diese Befürchtung des um die Sowjetunion so verdienten Organistors jedem denkenden Arbeiter die Schamröte ins Gesicht treiben!

Sitters Landesverräter

Das Kölner Schöffengericht verurteilte am Mittwoch den nationalsozialistischen Schriftleiter Joseph Ruzgweiler wegen Landesverrats zu zwei Jahren Gefängnis. Dazu wird uns aus Köln berichtet:

Ruzgweiler hatte im vergangenen Jahre der Nachrichtenzentrale eines fremden Staates gefälschte Dokumente über militärische Geheimnisse verkauft. Ruzgweiler gehörte jahrelang zu den vornehmsten Vertretern des 'Dritten Reiches' in Magdeburg und galt bei den höchsten Führern dieser Sippschaft als besonders national. Vor einigen Jahren gründete er in Magdeburg ein nationalsozialistisches Wochenblatt, das sich 'Aufsichts' nannte, nach einem halben Jahre aber abwärts ging und eingestellt werden mußte.

Die SEDW. entwidelt sich immer mehr zur Partei der Landesverräter. Vor einigen Monaten erst kam die Meldung aus Danzig, wonach dort einer der nationalsozialistischen Leuchten als polnischer Spion entlarvt worden war. Er hatte Landesverrat gegen Deutschland ge-

legung des Mindestalters der Wahlberechtigten von 25 auf 23 Jahre natürlich ein nicht zu unterschätzender Vorteil für unsere Bewegung, die sich auf die Jugend stützt. Die Verletzung des positiven Wahlrechts an die Frauen scheint nur zwei weiblichen Kandidaten zugute zu kommen, nämlich der Generaldirektorin der Gefängnisse, Frau Victoria Reut, und einer anderen Juristin, Clara Campomanes, beide Angehörige der Republikanischen Partei. Die letzten erlassene Bestimmungen, nach der Kandidaten, die nicht ein Stimmrecht der Stimmlosen der Wahlberechtigten erhalten, nicht gewählt sind, sondern für ihre Mandate eine Ersatzwahl kandidieren. Diese die Parteien, die mit Stimmlosen in den Wahlkreisen, zu größeren Stimmkreisen zusammengefasst sind, zu ihren anderen Mandaten, wurde ist dem Willen der Wahlberechtigten entgegen.

Die Frage der Koalition der Sozialisten mit den Republikanern ist ein Thema, das in den letzten Jahren in der spanischen Partei eine große Rolle gespielt hat. Die Koalition mit den Republikanern ist ein Thema, das in den letzten Jahren in der spanischen Partei eine große Rolle gespielt hat. Die Koalition mit den Republikanern ist ein Thema, das in den letzten Jahren in der spanischen Partei eine große Rolle gespielt hat.